

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 20 (1979)
Heft: 25

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

mit dieser Verfassung aus der Zeit der (prokommunistischen) «revolutionären Phase» das Land unregierbar bleibe. Doch weiter reichte der Konsens nicht.

Die Demokratische Allianz, als solche erst im vergangenen August aus hoffentlich dauernder Einsicht und dauerhafter Eintracht unter Führung des ehrgeizigen PSD-Chefs Francisco Sa Carneiro zustande gekommen, hat keine Abscheu über die Ergebnisse der Kollektivierungen und Nationalisierungen bekundet, sondern ist bloss der Auffassung, dass die Verfassung geändert werden muss. Das ist aber erst nach den Augustwahlen nächsten Jahres möglich, und zwar ist eine Zweidrittelmehrheit der Parlamentsstimmen erforderlich.

So wird die Taktik der neuen AD-Regierung in den nächsten zehn Monaten darauf angelegt sein

müssen, die Mehrheit im Parlament zu verteidigen, bevor die angestrebten Reformen an die Hand genommen werden können. Die Demokratische Allianz verlangt und erwartet von den Portugiesen harte Arbeit. Sie verspricht dafür mehr Arbeitsplätze, eine Verminderung der über 25prozentigen Inflationsrate sowie wirtschaftliche Anreize für die Privatwirtschaft (denn für diese lohnt es sich unter den gegenwärtigen Bedingungen ganz einfach nicht, gute Leistungen zu erbringen).

Doch bevor überhaupt an die Durchführung von «radikalen» Reformen gedacht werden kann, muss die Demokratische Allianz erst einmal überleben. Sie wird wahrscheinlich vorerst möglichst unauffällig regieren.

Ihre Kampfrichtlinien haben die Kommunisten schon im Mai dieses Jahres auf ihrem neunten Parteikongress festgelegt. Punkt eins ihrer Plattform lautet: «Stabilität des demokratischen Regimes und Respekt für die Verfassung.»

Die «Kernfrage» ist laut ihrer Version der «Kampf um demokratische Wende», wobei eine «demokratische Alternative im Rahmen der Institutionen nur auf der Grundlage einer Mehrheit von Sozialisten und Kommunisten möglich ist. Es besteht keine andere mögliche demokratische Mehrheit».

Bündnis mit der SP forderten im Oktober in Lissabon auch die KP-Chefs aus Italien (Berlinguer), Spanien (Carrillo) und Portugal (Cunhal): «Eine der Vorbedingungen zum einheitlichen Auftreten der Werktätigen gegen den Monopol-Kapitalismus im Interesse der Demokratie und des Friedens in Europa ist nach Meinung aller drei kommunistischen Parteien der Zusammenschluss mit den sozialistischen Parteien.»

Die Demokratische Allianz hat jetzt die absolute Mehrheit im Parlament. Aber sie könnte bald einer Volksfront gegenüberstehen, die mehr darstellt als die bloße Addition von Kommunisten und Sozialisten. gn



Kommunistische Parteizentrale in Lissabon 1978: Parteibezeichnung und Emblem prangen von der Fassade.



Kommunistische Parteizentrale in Lissabon 1979: Optischer Rückzug auf die Allianz der Volkseinheit (APU). Er hat sich gelohnt.

Der Buchtip

Stutzung auf Proportionen

Salcia Landmann: «Marxismus und Sauerkirchsen; streitbare Zeitbetrachtung», Limes-Verlag Wiesbaden, 352 Seiten, Fr. 24.—.

Eine kluge und gebildete Frau beurteilt kritisch das Problem unserer Zeit, den von wohlstandsmüden Intelligenzlern und frustrierten Literaten hochstilisierten *Spätmarxismus*, vor dem Politik und Erziehung weitgehend kapituliert haben und dem die heranwachsende Jugend rat- und hilflos überlassen wird. Sie vergleicht diese Lehre, die sich in den letzten Jahren infektiös verbreitet hat, mit den jahrtausendealten Erfahrungen der Menschheit und reduziert sie damit in klassisch-philosophischer Weise auf das ihr zukommende Mass.

Klar erkennt und schildert die Autorin, dass die Verwirklichung jeder Art von Sozialismus ein Zurückfallen in Polizeistaat und Zunftzwang bedeutet. Die grosse humanitäre Leistung des nach der Französischen Revolution wirksam gewordenen Liberalismus, die Befreiung eines erheblichen Teils der Menschheit von Hunger und Krankheit, die heute auch die Entwicklungsländer als reale Hoffnung vor sich sehen, würde blockiert.

In zwanzig mehr oder weniger in sich abgeschlossenen Kapiteln werden die aktuellen Probleme dargelegt und entmystifiziert. Die nachfolgenden Titel können die Weite des Betrachtungshorizontes nur andeuten: «Das Gewissen und die gesellschaftspolitische Verantwortung des Publizisten», «Berufsverbote einst und jetzt», «Sinn und Unsinn der Wehrdienstverweigerung», mit der beachtenswerten Feststellung, dass erfahrungsgemäss nur in solchen Gemeinschaften über Wehrdienstverweigerung diskutiert wird, «die bereits den Keim der Selbstaufgabe und Selbstzerstörung in sich tragen». In «Kapitalismus und Frau» fin-

den sich geistreiche Betrachtungen zum Matriarchat und zu den von Marxisten und Soziologen perhorreszierten unterschiedlichen Naturanlagen von Mann und Frau, und es schliesst mit der Feststellung, dass im kommunistischen Osten die Gleichberechtigung der Frau in ihrer Gleichschaltung bestehe. Weitere Kapitel sind «Isolation — eine Folter?», «Bildungsrevolution — Ursache und Folgen», «Probleme der Mitbestimmung», «Jesus, ein Sozialrevolutionär?» usw.

Das Buch ist ohne Politjargon und Soziologenchinesisch geschrieben und somit bei aller Tiefgründigkeit leicht lesbar. Wer beunruhigt ist über die zur Selbsterstörung führende Politik der freien Gesellschaft, findet darin Trost und Zuversicht. Für Eltern, die besorgt sind um ihre Kinder in dieser Umgebung, ist es eine Fundgrube für Argumente zur Beantwortung der brennenden Fragen unserer Zeit. Der heranwachsenden Jugend gibt es eine Orientierung, mit der sie sich in der Flut der progressiven Propaganda zurechtfinden kann. Für alle politisch Besorgten ein ideales Weihnachtsgeschenk. MK

ZEITBILD erscheint alle zwei Wochen

Redaktion - Administration - Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Tel. 031 43 12 12. Telex 32728 sol ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar +

Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank

Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag

Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung

Peter Dolder

Abonnementspreise

Fr. 34.- jährlich (Ausland Fr./DM 37.-)

Studenten und Lehrlinge Fr. 20.-

(Ausland Fr./DM 23.-)

Halbjahr Fr. 18.- (Ausland Fr./DM 20.-)

Einzelnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.-, DM 1,50)

In Kürze

Novum unter den sowjetischen Samisdat-Periodika: eine Frauenzeitschrift. Die erste Nummer der Untergrundpublikation «Die Frau in Russland» erschien am 25. September 1979 in Leningrad unter der Redaktion von Tatjana Goritschewa und Tatjana Molochowskaja. Enthalten soll sie unter anderem regelmässige Berichte über Zustände in Kindergärten, Gefängnissen und Frauenspitälern.

Die regionalen und lokalen Behörden in der Tschechoslowakei heissen Nationalausschüsse und entsprechen den «Sowjets» in der UdSSR. Eine lange Bilanz der Tätigkeit der Nationalausschüsse zieht die «Pravda» von Bratislava. Insgesamt positiv, aber die gute Durchschnittsnote setzt sich aus unterschiedlichen Teilbewertungen zusammen. Als «Beweis für die gute Arbeit in letzter Zeit» wird ein einziges Beispiel angeführt: die Erfüllung des Wahlprogramms. Auf andern Gebieten hingegen sollten die Nationalausschüsse «noch grössere Erfolge erzielen», wie den «meisten Beschwerden aus Bevölkerungskreisen» zu entnehmen sei. Und hierbei geht es um: Versorgung, Dienstleistungen und Wohnungsbewirtschaftung. Zu den Abstrichen an der Vollkommenheit gehört etwa, dass Reparaturen an Altwohnungen in vielen Bezirken schlichtweg nicht getätigt werden, weil die volumenmässige Planerfüllung leichter an Neubauten zu bewerkstelligen ist. Doch was sollen diese Lappalien? Für die Wahlen mit Vorschriftskandidaten nach Einheitsliste ist ja stramm gesorgt worden, und darum ist die Gesamttätigkeit ja auch so gut.

Die tschechoslowakische Tageszeitung «Uj szo» (Bratislava) rät aufgrund «häufiger Feststellungen» davon ab, die Jugendlichen mit Hilfe amtlicher Werbung dazu bringen zu wollen, an Sportveranstaltungen teilzunehmen. Es habe sich nämlich gezeigt, dass sie gerne von allein

hingingen. Ein ebenso beiläufiges wie hübsches Beispiel dafür, wie die Verantwortlichen selber den Anklag offizieller Parolen bei der Bevölkerung einschätzen. «Warum sollten wir den Jungen die natürliche Freude am Sport dadurch vermiesen, dass wir dafür Propaganda machen? Sparen wir doch unsere Sprüche für die Dinge, die wir ihnen gegen ihren Willen aufzwingen müssen.» Das ist im Klartext die Meinung und muss es schon deshalb sein, weil (Ausprobieren!) irgend etwas anderes überhaupt keinen denkbaren Sinn ergibt.

Auf den Strassen der DDR gilt ab 1. November dieses Jahres die Höchstgeschwindigkeit von 80 (bisher 90) km/h ausserorts. Nutzfahrzeuge müssen je nach Typ noch langsamer fahren und ihre jeweilige Höchstgeschwindigkeit (z. B. 60 km/h) durch ein gut sichtbar angebrachtes Schild deklarieren. So will man Benzin sparen. Mit der CSSR zusammen ist die DDR das Land, das am meisten Erdöl aus der Sowjetunion importiert, nämlich jährlich 17 Millionen Tonnen.

Tempo 80 gibt es schon in neun europäischen Ländern von Ost und West. Die Ersparnis an Treibstoff ist durchaus zu merken. Wenn ein Personauto um 10 km/h langsamer fährt, verbraucht es durchschnittlich auf 100 km um 0,6 l weniger Benzin.

«Ernst und aktuell» ist laut jugoslawischen Darstellungen das Problem, dass kommunistische Parteimitglieder sich von ihrem öffentlichen Bekenntnis zu einer atheistischen Weltanschauung nicht davon abhalten lassen, gleichzeitig religiös zu praktizieren. Das soll mindestens in der Teilrepublik Mazedonien regelmässig vorkommen. «Vjesnik» (Zagreb) zitiert jedenfalls ein recht flagrantes Beispiel: Ein bekanntes mazedonisches Parteimitglied liess seinen Sohn beschneiden und feierte dann das Ereignis ausgerechnet im Rahmen unter anderem der Ortsgruppe der Partei. «Nicht selten» seien Kommunisten auch mit Spenden am Bau von Kirchen und Moscheen beteiligt.

gläubigen bei uns im Westen reifen darauf mit unverdrossener Ahnungslosigkeit.

In einer pluralistischen Gesellschaft vermag ein achtstündiger Arbeitstag zu einer Entfremdung wenig beizutragen, denn die weiteren sechzehn Stunden stehen jedermann zur freien Verfügung. In der sozialistischen Zwangsjacke aber, wo selbst die Freizeitgestaltung als Arbeitsdruck empfunden werden kann und wo jedes individuelle Abseitsstehen mit Argwohn betrachtet wird, da allerdings kann eine harmlose Entfremdung am Arbeitsplatz, in der Mühe des restlichen Tages, zu einer Neurose führen.

Der Kumpel im bürokratischen Staatsimperialismus weiss um diese Dinge, und er weiss auch, dass die sozialen Strukturen nur organisierter Selbstzweck sind und dass die Entfaltung einer sich selbst tragenden humanen Kultur niemals möglich sein wird.

Die sowjetische Innenpolitik kann natürlich auch nur mit Wasser kochen und steht den gleichen prinzipiellen Problemen gegenüber wie die marktwirtschaftlich orientierten Staaten. Doch vermag eine planwirtschaftlich gelenkte Oekonomie die ständig wechselnden Probleme zuwenig schnell anzugehen und der Erledigung zuzuführen. Zeit ist Geld — und schon ist es passiert: die Reibungsverluste sind grösser als zuträglich und setzen sich wie in der Mechanik in Wärmeverluste um.

Das eigentliche Manöverfeld der «marxistisch-leninistischen» Ideologie ist daher die Aussenpolitik geworden.

Den Sowjets ist natürlich bekannt, dass die ausserpolitischen Erfolge der UdSSR von den Völkern zwischen dem Schwarzen und dem Weissen Meer voll und ganz honoriert werden. Mag der Alltag noch so kümmerlich und trist sein, er wird bis zur Verklärtheit erträglich, wenn der kleine Mann einem so ausgedehnten und furchteinflössenden Imperium angehören darf. Seit der ersten Stunde wurde jeder Rubel, der irgendwie übrig bleibt, in das Rüstungsarsenal gesteckt, und der letzte Muschik war stolz auf das starke Schwert seines Vaterlandes. Schon Trotzki wies darauf hin, dass mit einer starken Armee im Rücken jeder Dummkopf erfolgreiche Aussenpolitik betreiben kann, das grösste Genie von Aussenminister aber, dem nur eine schwache Armee zur Seite steht, absolut erfolglos bleiben muss.

Das riesige Militärpotential der Sowjetunion unterstützt schon mit seiner blossen Existenz die Aussenpolitik, schöpft elegant das Ueberangebot an Arbeitskräften ab und gibt der Regierung eine einzigartige Möglichkeit in die Hand, die heranwachsende Generation zu beeinflussen. Die modernen Inquisitoren unserer Tage zelebrieren mit wissenschaftlicher Würde und Unduldsamkeit ihr Credo der historischen Notwendigkeit. Die teleologische Geschichtsauffassung von Hegel und Marx drängt den praktizierenden Sozialismus, will er sich gerecht werden, zu Lüge und Gewalt und führt geradewegs zu der bekannten doppelten Legalität der marxistischen Tagesphilosophie. Das deckt sich mit den heutigen Realitäten in der Sowjetunion. Einem übersteigerten Einsatz für die Aussenpolitik steht die Doktrin einer Wirtschaftspolitik gegenüber, die weder den Ressourcen des unermesslichen Landes noch den eher spärlichen Kapazitäten der Industrie und der Landwirtschaft gerecht zu werden vermag.

W. G.

Briefe

Der «Sozialismus» hat gerade die soziale Frage am wenigsten gelöst, aber er kann sie militärisch überspielen.

Wenn die grosse Französische Revolution den Absolutismus in Europa überwand und die Voraussetzungen schuf, die Gewaltentrennung und die parlamentarische Demokratie Realität werden zu lassen, wurde durch den Sieg der Oktoberrevolution in Russland der Absolutismus neu eingesetzt. Und was für ein Absolutismus! Die Französische Revolution von 1789 und die Russische Revolution von 1917 stehen sich in ihrem Endergebnis diametral gegenüber. Der Köder aber war 1917 in Moskau — wie heute im Westen — die soziale Frage, die ausgerechnet von den sozialistischen Staaten nie gelöst worden ist. Und nie gelöst werden wird.

Als Chruschtschow die USA besuchte, drängte er darauf, so bald als möglich einen Industriebetrieb in Augenschein zu nehmen, und kaum hatte er mit dem Direktor die ersten Begrüssungsworte gewechselt, fragte er ihn unvermittelt: «Wie bringen Sie eigentlich ihre Arbeitnehmer zum Arbeiten?» Chruschtschow wusste um die Probleme der sowjetischen Produktion bezüglich Qualität, Quantität und der Termine. Das Auftreten Chruschtschows ist doch eine tragisch-komische Situation ohne Beispiel, die restlos das Versagen des praktizierenden Sozialismus aufzeigt.

Dem Unternehmer seiner Epoche hat Karl Marx immer wieder alle möglichen und unmöglichen Absichten unterstellt und daraus die moralische Rechtfertigung der Verstaatlichung der Produktionsmittel abgeleitet. Streng wissenschaftlich gesehen, kann es gar nicht darum gehen, wer die Produktionsmittel besitzt, sondern wie die Produktionsmittel eingesetzt werden, damit sie mit dem besten Wirkungsgrad arbeiten.

Karl Marx hat das Wort von der «Entfremdung durch die Lohnarbeit» geprägt, und seine Sekten-

Das Dokument

Arbeitslosigkeit und Arbeitsvergebung

In kommunistisch regierten Ländern ist die Arbeitslosigkeit im allgemeinen ein Tabu. Es hat sie in sozialistischen Verhältnissen nicht zu geben, und wenn es sie doch gibt, darf sie nicht zur Kenntnis genommen werden (auch nicht durch Arbeitslosenentschädigung).

Jugoslawien ist in dieser Hinsicht eine Ausnahme. Dort wird die Arbeitslosigkeit als Wirklichkeit anerkannt und ist ein öffentliches Traktandum. Dieser unüblichen Sachlage verdanken wir die Möglichkeit, aus einer parteiamtlichen Zeitschrift («Komunist», Belgrad, 9. 11. 1979) den folgenden, überaus vielsagenden Text abzdrukken. Wir bringen ihn in Auszügen.

Die Jungen stellen auf gewisse Weise ein paradoxes Zeugnis unserer Zeit dar: sie sind die gebildetste Generation, haben aber ziemlich bescheidene Möglichkeiten, ihre Kenntnisse auch in Praxis zu zeigen. Mancher mag sagen, sie seien faul. Aber dem ist nicht so. Es liegt offensichtlich nicht an der Faulheit, sondern an der Arbeitslosigkeit!

In Montenegro sind gegenwärtig etwa 23 000 Personen auf den Arbeitslosenlisten. Und bloss jeder vierte Arbeitslose ist nicht jung. Unter ihnen gibt es sicher etliche Leute, die auf Vergütungen spekulieren, aber es ist sicher, dass mindestens 70 Prozent von ihnen wirklich Arbeit suchen.

Die Grundfrage lautet: Wie findet man eine Stelle? Via Wettbewerb oder via Beziehungen? (Legal sei der Wettbewerb um die Arbeitsplätze; aber den könne man auch «einfach formell» durchführen.)

Gemäss dem kleinbürgerlichen, privat-reliquien-

haften, aber gesellschaftlich unannehmbaren und schädlichen «Kader-Recht» ist es das Wichtigste, seine Verwandten, dann die Verwandten der Verwandten, die Freunde der Freunde anzustellen.»

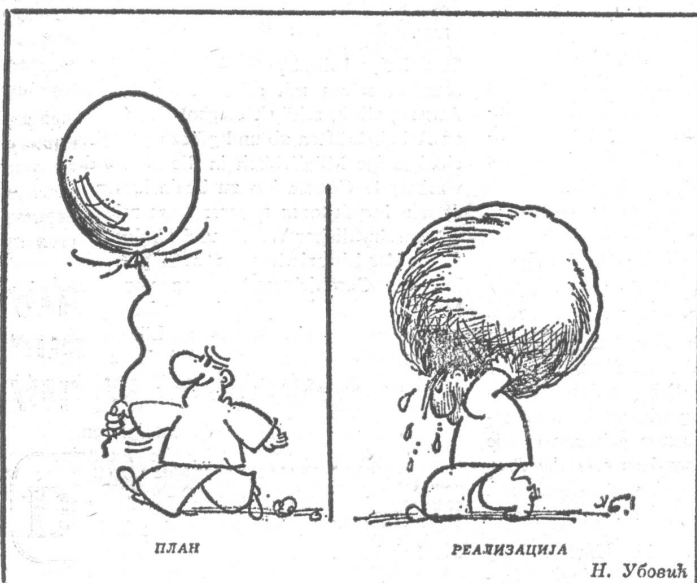
(Daher seien in vielen Organisationen solche Leute nicht auf ihrem Fach beschäftigt.)

Beispiele, die schwer zu begreifen sind, gibt es im Ueberfluss, und schon diese Tatsache ist eine ernste Warnung. Die Achtung der gesellschaftlichen Vereinbarung, die diesen Bereich regelt, hat, wie in einem Bericht angeführt wird, «die Möglichkeiten der Beschäftigung vermindert, denn dort können keine Verwandten, Freunde und solche über verschiedene Beziehungen (!?) angestellt werden»... Organisationen der vereinigten Arbeit, die jene Vereinbarung nicht signierten, sind besser dran.

Eine der üblichsten Weisen, die gesellschaftliche Vereinbarung zu umgehen und jene anzustellen, die bei einzelnen oder einer Gruppe «in Gunst» sind, ist der sogenannte Test (ein «Hintertürchen»). Ziemlich viel Missbrauch und Vulgarisierung gibt es auch im Zusammenhang mit der «Tauglichkeit» (meist spricht man von der politischen) des einzelnen für einen bestimmten Arbeitsplatz) und sogar eine Arbeitsorganisation im ganzen. Die «Tauglichkeit» wird in den meisten Fällen mit der Mitgliedschaft im Bund der Kommunisten verbunden, was im Kern inakzeptabel ist...

Es ist für niemanden ein Geheimnis, dass gemäss der Zahl von Klagen an die Gerichte und an die Rechtsverfechter der Selbstverwaltung einige Organisationen schon als Verletzer der Vereinbarung bekannt sind. Und niemandem geschieht etwas! Am schlimmsten ist, dass, auch wenn die Frage nach der Verantwortung eines Leitenden «für Verletzung des Beschäftigungsgesetzes» aufgeworfen wird, falsche Solidarität vorherrscht.

Offensichtlich, dass es auf dieser Ebene ziemlich viel liberales Gebaren von seiten einzelner Mitglieder des Bundes der Kommunisten gibt, besonders in der Arbeit selbstverwaltender Organe. Deshalb ist es am Platz, von ihnen mehr Gerechtigkeit und Achtung der Gesetze zu verlangen. Denn es darf nicht geschehen, dass man diese scharfsinnige und grossgewachsene Generation zur Erzeugung von Leben heranzieht, noch bevor sie zur Erzeugung im Leben zugelassen wird. ■



Höhenflug und Bürde für den Arbeiter:

Plan und Verwirklichung.

«Borba», Belgrad, 20. 6. 79



ZÜRCHER FORUM

Oeffentliche Tagung

«Gegen den Strom»

Montag, 10. 12. 1979, 17.00 bis 19.00 Uhr
ETH Auditorium Maximum
Ueber die Tätigkeit der Europäischen Helsinki-Gruppe
(Zum Tag der Menschenrechte)

20.00 Uhr
Universelles Menschenrecht
(Human right and unification of our planet)

Mihajlo Mihajlov

Dienstag, 11. 12. 1979, 20.00 Uhr
Universität Aula
Die Technik der Repression
Cronid Ljubarski

Mittwoch, 12. 12. 1979, 20.00 Uhr
Universität Aula
Von der Macht des Einzelnen
(Power of the individual)
Wladimir Bukovsky

Donnerstag, 13. 12. 1979, 20.00 Uhr
Universität Aula
Relativität der Freiheit
(My spiritual experience)
Mihajlo Mihajlov

Freitag, 14. 12. 1979, 14.00 bis 18.00 Uhr
Kirchgemeindehaus Hottingen
Bedrohtes Christentum?
mit **Anatolij Leventin, Peter Vins,**
Pfr. Eugen Voss, u. a.
20.00 Uhr, Universität Aula
Peter Vins

Samstag, 15. 12. 1979, 14.00 bis 18.00 Uhr
Universität Aula
Kurzreferate und Diskussion zum
Tagungsthema «Gegen den Strom»
mit **Mihajlo Mihajlov,**
Wladimir Bukovsky, Peter Vins

Karten zu den einzelnen Vorträgen
Fr. 12.- (Fr. 8.- AHV/Legi).
Im Vorverkauf zu beziehen bei
Zürcher Forum, Tel. 34 84 75,
Gemeindestrasse 48, 8032 Zürich,
Billetzentrale am Hauptbahnhof,
Tel. 221 22 83,
Pianohaus Jecklin, Tel. 32 59 00